

Bundesminister für Auswärtiges
Herrn Dr. Guido Westerwelle, MdB
Auswärtiges Amt
11013 Berlin

Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Herrn Dr. Norbert Röttgen, MdB
Postfach 12 06 29
53048 Bonn

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Herrn Dirk Niebel, MdB
Postfach 12 03 22
53045 Bonn

**Ministererklärung des 6. Weltwasserforums zum
Menschenrecht auf sauberes Trinkwasser und Sanitärversorgung**

Berlin, den 6. März 2012

Sehr geehrte Herren Bundesminister,

im Namen des WASH-Netzwerks – einer Initiative 18 deutscher NROs zum Thema Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene – und dem Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) wenden wir uns in folgender dringender Angelegenheit an Sie:

Im Jahr 2007 startete Deutschland gemeinsam mit Spanien eine Initiative mit dem Ziel der Anerkennung des Menschenrechts auf sauberes Trinkwasser und Sanitärversorgung durch die Vereinten Nationen. Diese Initiative mündete 2010 in einem der größten Erfolge der deutschen Menschenrechtspolitik der letzten Jahre: der autoritativen Anerkennung des Menschenrechts auf sauberes Trinkwasser und Sanitärversorgung durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen (Resolution A/RES/64/292), sowie der autoritativen Bestätigung des Rechts durch Resolution A/HRC/RES/15/9, welche aufgrund der intensiven Bemühungen Deutschlands im Konsens angenommen werden konnte.

Mit der Gründung der „Blue Group“, einer überregionalen staatlichen Interessengruppe zur Förderung des Menschenrechts auf sauberes Trinkwasser und Sanitärversorgung, ist Deutschland 2011 ein weiterer wichtiger Schritt gelungen, um die Realisierung dieses fundamentalen Menschenrechts weiter voran zu bringen.

Diese Erfolge sind jetzt in Gefahr. So ist es der kanadischen Regierung auf der letzten Vorbereitungskonferenz für das vom 12. bis 17. März 2012 in Marseille stattfindenden

Weltwasserforums gelungen, die das Recht auf sauberes Trinkwasser und Sanitärversorgung betreffenden Passagen im finalen Entwurf für die Ministererklärung für das 6. Weltwasserforum ganz entscheidend zu unterminieren.

Anstatt die Anerkennung des Menschenrechts auf VN-Ebene zu bestätigen und die Mitgliedsstaaten zur Verwirklichung dieses Rechts zu verpflichten, binden sich die Staaten laut dem derzeitigen Entwurf lediglich an die Umsetzung ihrer Menschenrechtsverpflichtungen. Dieser kleine Unterschied ist - und diese Einschätzung wird von der Sonderberichterstatlerin der Vereinten Nationen, Frau Catarina de Albuquerque, von Amnesty International und von weiteren Menschenrechtsorganisationen geteilt - höchst signifikant, da die „human rights obligations relating to access to safe and clean drinking water and sanitation“ im Gegensatz zum „human right to safe drinking water and sanitation“ nicht ausreichend definiert sind und Staaten damit die Möglichkeit gibt, den Inhalt und Umfang ihrer Verpflichtungen individuell zu bestimmen. So sind die USA beispielsweise der Auffassung, dass ihre Menschenrechtsverpflichtungen in Bezug auf den Zugang zu sauberem Trinkwasser und Sanitärversorgung nur darin liegen, Diskriminierung zu verhindern.

Außerdem würde eine Abweichung von der auf der Ebene der Vereinten Nationen seit 2010 etablierten Sprachregelung zum Recht auf sauberes Trinkwasser und Sanitärversorgung einen negativen Präzedenzfall setzen, den die Gegner des Rechts auf internationaler Ebene (allen voran Kanada und die USA) nutzen könnten, um weitere Fortschritte zur Umsetzung des Rechts auf allen Ebenen zu unterminieren (etwa in VN-Menschenrechtsinstitutionen oder anverwandten Prozessen wie Rio +20).

Um eine schwerwiegende Schwächung des Rechts auf sauberes Trinkwasser und Sanitärversorgung abzuwenden, müssten die folgenden Abschnitte des Entwurfs der Ministererklärung des 6. Weltwasserforums wie folgt geändert werden:

In Paragraph 3, Halbsatz 2:

“[...] we commit to accelerate the full implementation of the human rights obligations relating to access to safe and clean drinking water and sanitation by all appropriate means as a part of our efforts to overcome the water crisis at all levels”.

Diese Passage sollte wie folgt geändert werden:

“[...] we commit to accelerate the full implementation of the human right to safe drinking water and sanitation by all appropriate means as a part of our efforts to overcome the water and sanitation crisis at all levels.”

In Paragraph 30, erster Spiegelstrich:

“The acceleration of the implementation of human right obligations relating to access to safe drinking water and sanitation for everyone’s well-being and health, in particular for the most vulnerable, and improving wastewater management.”

Diese Passage sollte wie folgt geändert werden:

“The acceleration of the implementation of human right to safe drinking water and sanitation for everyone’s well-being and health, in particular for the most vulnerable, and improving wastewater management”

Wir halten es für dringend angebracht, dass Deutschland als Gründer der “Blue Group” und treibende Kraft zur Förderung des Rechts auf internationaler Ebene an dieser Stelle interveniert.

Wir appellieren an Sie als zuständige Bundesminister, sich für eine menschenrechtskonforme Anpassung des Texts einzusetzen. Wir halten es für unausweichlich, die Sprache im Entwurf der Ministererklärung des 6. Weltwasserforums an die “agreed language” der Vereinten Nationen anzupassen. Aus diesem Grund möchten wir Ihnen dringend nahelegen, die französische Regierung, die ebenfalls Mitglied der “Blue Group” ist, in die Pflicht zu nehmen. Als Vorsitzende des politischen Prozesses des 6. Weltwasserforums wäre es ihr möglich, den Entwurf der Ministererklärung in Anlehnung an die Sprachregelung der VN unilateral anzupassen, ohne die Verhandlungen zur Ministererklärung noch einmal zu beginnen.

Sollte eine menschenrechtskonforme Anpassung des Texts nicht durchsetzbar sein, fordern wir die Bundesregierung auf, sich eindeutig und unmissverständlich von der Ministererklärung des 6. Weltwasserforums zu distanzieren und diese nicht zu unterzeichnen.

Wir danken Ihnen im Voraus für eine Rückmeldung.

Mit freundlichen Grüßen,



Thilo Panzerbieter

WASH-Netzwerk Sekretariat



Ulrich Post

Vorstandsvorsitzender VENRO



VENRO e.V. ist der Verband Entwicklungspolitiker deutscher Nichtregierungsorganisationen (NRO). Ihm gehören rund 120 deutsche NRO an, die in der privaten oder kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der Humanitären Hilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit tätig sind.